

Politik & Wirtschaft

«Mit der EU hat die Schweiz heute die beste Nachbarin, die sie je hatte»

Andreas Künne Allen Problemen zum Trotz sei die Europäische Union nicht auf dem absteigenden Ast, sagt der EU-Botschafter in Bern. Ihm zufolge profitiert unser Land von der Zuwanderung.

Fabian Fellmann

Die Stimmung könnte besser sein, als EU-Botschafter Andreas Künne zum Interview empfängt: Er hat starke Kopfschmerzen. Nicht wegen des Hin und Her in den bilateralen Beziehungen mit der Schweiz. Der deutsche Diplomat spürt zum ersten Mal seit seiner Ankunft im Herbst 2025 die fiese Bise von Bern. Doch er gerät rasch in Fahrt, als er auf die Krise in Europa angesprochen wird.

Herr Künne, die Schweiz macht sich Sorgen um ihre grosse Nachbarin und wichtigste Kundin, die EU. Deren Wirtschaft lahmt, die Energiepreise steigen, und die Aufrüstung verschlingt Milliardensummen. Übersteht die Union das?
Wir kommen dann am besten voran, wenn wir unter Druck sind. Die Europäische Union entstand aus den Trümmern des letzten Weltkriegs, als Friedensprojekt, in dem die nationalen Interessen ausgeglichen werden. Jetzt tut sie alles dafür, dass wir nicht vor den Trümmern eines neuen Kriegs stehen. Hätte uns vor sechs Jahren jemand gesagt, dass die EU bald einen Kommissar für Verteidigung und Raumfahrt ernennen würde, hätten wir wahrscheinlich beide herzlich gelacht. Jetzt haben wir ihn.

Was unternimmt die EU konkret?
Wir haben sehr, sehr viele Hebel in Bewegung gesetzt. Wir haben zum Beispiel ein 800-Milliarden-Euro-Rüstungsprogramm namens «REARM Europe» aufgelegt. Aus der einfachen Einsicht heraus, dass wir uns wahrscheinlich alle miteinander über die letzten Jahrzehnte ein wenig zu bequem eingerichtet hatten und dass es jetzt darauf ankommt, dass wir uns selbst verteidigen können.

Die EU verteidigt Europa anstelle der Nato?
Die EU will die Nato nicht ersetzen. Wir müssen als Europäer unsere Verteidigungsfähigkeit ausbauen, damit die Nato in Europa bleibt.

Ist die Nato nicht ohnehin tot?
Ich bin tief überzeugter Europäer und Transatlantiker. Die Nato ist nicht tot. Wie in jeder Organisation gibt es Auf und Ab. Aber wenn wir die Dinge näher betrachten, sehen wir, dass die Verteidigungsausgaben der europäischen Nato-Mitgliedsstaaten unglaublich gewachsen sind als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg.

Russland setzt darauf, dass in der EU der politische Wille schwindet, die Ukraine mit so viel Geld zu stützen.
Das tun die Russen schon seit vier Jahren. Russland gewinnt diesen Krieg nicht. Wir wissen in der EU, worum es geht. Wir sind nicht im Krieg, aber wir leben auch nicht mehr im Frieden. Das wird in der sehr friedlichen Schweiz gern vergessen. In Berlin wurde ein Op-



«Wir sind nicht im Krieg, aber wir leben auch nicht mehr im Frieden», meint Diplomat Andreas Künne. Foto: Susanne Keller

«In der Summe profitieren die Schweizer Sozialsysteme von den zugewanderten Arbeitskräften aus der EU.»

positioneller auf offener Strasse von einem Auftragskiller in russischen Diensten erschossen. In Tschechien wurde ein Munitionsdepot in die Luft gejagt, es gab zwei Tote. Es werden Busse angezündet. In Polen gibt es Anschläge auf Bahnstrecken. Wir haben jeden Tag Hunderttausende von Cyberangriffen aus Russland. Das ist, glaube ich, inzwischen bei den meisten Menschen angekommen.

Europa sei ein schläfriger Riese, schreibt die Zeitung «The Economist».
Die EU ist weder schläfrig noch ein Riese. Die EU steht für Sicherheit, für Rechtsstaatlichkeit, für Verlässlichkeit. Sind das Attribute, die man einem Riesen gemeinhin

beimessen würde? Es entspricht nicht unserem Selbstverständnis, ein Riese zu sein. Die EU tut alles dafür, dass der Raum, in dem die Stärke des Rechts gilt und nicht das Recht des Stärkeren, so gross wie möglich bleibt.

Für die kleine Schweiz ist die EU ein Riese.
Vielleicht ist die EU ein freundlicher Riese. Sie hat einen Raum geschaffen mit Freiheiten, die früher unvorstellbar waren. Das ist eine riesige Errungenschaft. Wir feiern am Samstag den Europatag. Am 9. Mai 1950 hat der damalige französische Aussenminister Robert Schuman seinen Plan vorgelegt: Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl sollte neue Kriege verhindern. Sie hat die europäische Integration begonnen, dank der die Schweiz heute die beste Nachbarin hat, die sie je hatte. Wann hat es in der europäischen Geschichte eine Zeit gegeben, in der die Schweiz von Demokratien umgeben war, die miteinander in Frieden leben? Das ist ein direktes Verdienst der EU.

Die EU ist mit einer Bevölkerung von 450 Millionen

Menschen der grösste Markt unter den Industrieländern. Dennoch eilen die USA der EU wirtschaftlich davon. Warum?
Die EU-Kommission hat zwei Prioritäten. Die eine ist die militärische Sicherheit. Sie ist eine Voraussetzung für wirtschaftliche Sicherheit. Die zweite Priorität ist die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Wir sehen natürlich auch selbst, dass das Produktivitätswachstum in der EU zurückgefallen ist in den letzten Jahren. Damit sind wir auch nicht zufrieden. Wir reduzieren nun die Bürokratie mit inzwischen 11 sogenannten Omnibus-Gesetzespaketen. Unser Ziel ist, den Verwaltungsaufwand für KMU um 35 Prozent zu reduzieren und für die grossen Unternehmen um 25 Prozent.

Haben die USA die EU nicht längst abgehängt? Alle führenden KI-Modelle sind US-amerikanisch.
Nein. Wir sind nicht auf dem absteigenden Ast. Im Gegenteil. Die Zahl der Länder, die der Union beitreten möchten, wird immer grösser. Warum stimmen die Isländer darüber ab, die Beitrittsverhandlungen wieder aufzu-

nehmen? Warum gibt es in Norwegen ähnliche Diskussionen? So unattraktiv können wir offenkundig nicht sein. Europa liegt bei all den weichen Faktoren regelmässig an der Spitze, zum Beispiel bei der Zufriedenheit mit den Lebensumständen.

Europa ist ein alternder Kontinent. Die Wirtschaftskraft und damit die politische Macht dürften nachlassen.
Die Bevölkerung altert auch in China, in Südkorea, in Japan. Das ist in allen industrialisierten Gesellschaften so. Es gibt nur wenige Ausnahmen wie die USA – wegen der Zuwanderung. Wir geraten nur dann auf einen absteigenden Ast, wenn wir die Produktivität nicht mehr erhöhen und die sozialen Sicherungssysteme nicht an die Zukunft anpassen. Aber wir werden in zehn Jahren eine ganz andere Diskussion führen als jetzt.

Nämlich?
Die Zahl der Erwerbstätigen wird zurückgehen. Arbeitskräfte werden fehlen. Wir werden erneut die Debatte führen müssen, ob wir nicht die Lebensarbeitszeit erhöhen. Viele EU-Länder haben

das bereits getan, und diese Debatte wird auch in der Schweiz kommen. Um Zuwanderer wird es dann einen Verteilungskampf geben.

So hoch wie in der Schweiz ist das Bevölkerungswachstum in keinem EU-Land. Haben Sie Verständnis dafür, dass viele Schweizer damit hadern?
Die Bevölkerung ist in der Schweiz schneller gewachsen als andersorts, weil der wirtschaftliche Erfolg über die letzten Jahrzehnte grösser war als andersorts.

Die Schweizer stimmen am 14. Juni über eine Volksinitiative zur Begrenzung der Bevölkerung auf 10 Millionen Menschen ab. Stellt das die Personenfreizügigkeit infrage?
Wir verfolgen die Debatte mit grosser Aufmerksamkeit. Aber diese Abstimmung ist eine innenpolitische Angelegenheit der Schweiz, zu der ich jetzt nichts sage.

Wie würde ein Ja zur 10-Millionen-Initiative die Diskussion über die Bilateralen III beeinflussen?
Wir machen einen Schritt nach dem anderen. Warten wir den Ausgang der Abstimmung ab.

Mitten in diese Diskussion platzt eine EU-Reform, die für die Schweiz Mehrkosten von Hunderten Millionen Franken nach sich ziehen könnte: Für Grenzgänger soll in Zukunft nicht mehr das Wohnland Arbeitslosengelder zahlen, sondern das Land der Arbeitsstelle. Wie hoch schätzen Sie die Mehrkosten für die Schweiz?

Immer ruhig mit den jungen Pferden. Bisher reden wir von einer vorläufigen Einigung, die vom Ministerrat und dem Europäischen Parlament noch förmlich gebilligt werden muss. Sollte das Paket ratifiziert werden, würde es auch für die Schweiz gelten. Ich sehe hier eine Verkürzung in der Diskussion. Wenn ein Grenzgänger aus Frankreich in der Schweiz arbeitet und Beiträge in die Arbeitslosenversicherung einzahlt, muss derzeit die französische Seite dafür aufkommen, wenn er arbeitslos wird. Darin sehe ich ein grundsätzliches Problem der Ausgewogenheit. Was die Lösung der Schweiz kostet, lässt sich bisher nicht präzise beziffern.

Viele Schweizer haben den Eindruck, nicht mitbestimmen zu können.
Ich plädiere dafür, dass man das ganze Bild betrachtet. In der Summe profitieren die Schweizer Sozialsysteme von den zugewanderten Arbeitskräften aus der EU. Mit 87 Prozent ist die Erwerbsquote der EU- und Efta-Bürger höher als jene von Schweizer Bürgern, die bei 85 Prozent liegt. EU- und Efta-Bürger zahlen 27 Prozent der AHV-Beiträge, aber sie beziehen nur 14,9 Prozent der Leistungen. Hören Sie sich mal in Genf und Basel um, was alles nicht mehr funktionieren würde, wenn die Grenzgänger nicht mehr da wären.